

FORSCHUNGSNETZWERK :

Institutioneller Wandel in der Regulierung von Finanzmärkten

Renate Mayntz

Die sich 2007 anbahnende und 2008 für alle erkennbar gewordene Finanzkrise, die alsbald auf die Wirtschaft durchzuschlagen drohte und die Regierungen zu massiven finanziellen Rettungsmaßnahmen von Banken und Unternehmen veranlasste, war das Ergebnis des Zusammenkommens verschiedener Umstände. Zu nennen sind hier vor allem die ökonomische Globalisierung, der Strukturwandel im Finanzsektor, die Politik der Liberalisierung und nicht zuletzt die informationstechnische Entwicklung, durch die finanzielle Transaktionen beschleunigt und die Verbreitung komplizierter neuer Finanzinstrumente wie der berühmten Kreditderivate begünstigt wurden. Die Krise lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit zunächst auf das unmittelbare Krisenmanagement, während die Wissenschaft die Ursachen einer Krise verstehen wollte, die nicht nur das breite Publikum und die Politik, sondern auch die meisten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler überrascht hatte. Sehr bald setzte sich die Meinung durch, dass letztlich eine lückenhafte und allzu lasche Regulierung von Banken, Hedge-Fonds und anderen großen Finanzmarktakteuren für die Krise verantwortlich war. Die Regierungen der großen Nationalstaaten, die Europäische Union und internationale Gremien wie die G20 begannen daraufhin, Vorschläge für notwendige Reformen zu entwickeln. Es dauerte nicht lange, bis Bankmanager und ihre Verbände dagegen protestierten und Wirtschaftswissenschaftler auf die negative Folgen hinwiesen, die eine striktere Regulierung auf die Erholung der Wirtschaft haben könnte.



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beriet sich Ende März 2010 mit seiner französischen Amtskollegin Christine Lagarde zur Finanzmarktregulierung.

Damit bot sich der Sozialwissenschaft die Chance, einen wichtigen Prozess institutionellen Wandels unmittelbar zu beobachten und zu analysieren – einen Prozess, der von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern geprägt wird und dessen Ausgang heute noch nicht abzusehen ist. In verschiedenen Ländern haben dann auch Sozialwissenschaftler bald begonnen, sich mit den Rückwirkungen der Krise zum Beispiel auf Rating-Agenturen, auf Aufsichtsinstitutionen wie die deutsche BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) oder auf die von der EU vorangetriebene Entwicklung europäischer Regelungsinstanzen zu beschäftigen. Es gibt jedoch eine Reihe von Fragen, die nur in der Zusammenschau der Ergebnisse von Studien beantwortet werden können, die sich mit einzelnen Bestandteilen der Finanzmarktordnung beschäftigen. Eine solche übergreifende Frage ist, durch welche Phasen der Reformprozess sich bewegt. Eine zweite Frage, die sich nur durch die Zusammenfassung der Ergebnisse verschiedener Einzelprojekte beantworten lässt, bezieht sich darauf, wer am Ende die durchsetzungsfähigsten Akteure in dem Reformprozess waren und wie sich dabei das Machtverhältnis zwischen „Politik“ und „Ökonomie“ verändert. Wichtig sind auch Veränderungen in der Verteilung von Regelungsmacht zwischen nationalen, europäischen und internationalen Instanzen.

FORSCHUNGSNETZWERK :

Ursachen und Folgen der Finanzkrise werden derzeit an vielen Forschungsinstitutionen im In- und Ausland thematisiert. Da kein einzelnes Forschungsinstitut in der Lage ist, kurzfristig ein Projekt zu starten, das alle für eine empirisch fundierte Beantwortung der übergreifenden Fragen notwendigen Detailanalysen umfasst, lud das MPIfG Forscher, die sich mit einer der relevanten Regelungsinstitutionen beschäftigen, ein, sich in einem Netzwerk zusammenzufinden. Dieses Netzwerk umfasst heute zwanzig Forscher aus vier europäischen Ländern und den USA. Es wird von Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung koordiniert, wo auch die Workshops des Netzwerks stattfinden. Anfang 2011 sollen die Ergebnisse vorgetragen, gemeinsam analysiert und die von den Forschern erarbeiteten Fragen zum institutionellen Wandel in der Regulierung von Finanzmärkten beantwortet werden.



Renate Mayntz

ist die Gründungsdirektorin des MPIfG (1985), das sie bis zu ihrer Emeritierung 1997 gemeinsam mit Fritz W. Scharpf leitete. Seit 1997 arbeitet sie als emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied am MPIfG über globale Strukturen und gesellschaftliche Makrophänomene. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften in Berlin und dem Wellesley College (USA) habilitierte sie sich 1957 an der Freien Universität Berlin. Von 1960 bis 1971 war sie Privatdozentin, a.o. Professorin und Ordinarius für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Danach wurde sie als Ordinarius für Organisationssoziologie an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer berufen. Von 1973 bis 1985 lehrte sie als Ordinarius für Soziologie an der Universität zu Köln.

● Mehr zum Forschungsnetzwerk
www.mpifg.de/berichte/RM_Finanzmaerkte.pdf

● Renate Mayntz
www.mpifg.de/people/rm